



Unsere Forderungen für München zur Kommunalwahl 2026

Forderungen und Einzelmaßnahmen



Präambel

München steht vor wichtigen Entscheidungen. Die Klimakrise ist längst auch eine soziale Frage: Sie prägt die Lebensqualität in unserer Stadt und trifft Menschen unterschiedlich stark. Gleichzeitig eröffnet sie die Chance, München gerechter, gesünder und lebenswerter zu gestalten.

Unsere Forderungen zur Kommunalwahl verbinden Klima- und Umweltschutz konsequent mit sozialer Gerechtigkeit. Denn eine zukunftsfähige Stadt braucht beides: den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und faire Teilhabe für alle Menschen, die hier leben. Wir denken kommunale Politik langfristig, generationengerecht und am Gemeinwohl orientiert.

Ein lebenswertes München bedeutet saubere Luft, bezahlbaren Wohnraum, klimagerechte Mobilität, gesunde Ernährung, attraktive öffentliche Räume und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten. Es bedeutet Sicherheit im Wandel – und eine Stadt, die Verantwortung übernimmt.

Unser Ziel ist ein München, das langfristig lebenswert ist: eine Stadt, in der gutes Leben für alle möglich ist und niemand zurückgelassen wird.





Wohnen und Bauen

Im Bereich Wohnen und Bauen entstehen rund 40 % der Treibhausgas-Emissionen - zur einen Hälfte durch den Energieverbrauch von Gebäuden, zur anderen Hälfte durch das Bauen selbst. Gleichzeitig ist das Thema Wohnen eines der drängendsten sozialen Problemfelder, weil verfügbarer Wohnraum immer knapper wird und die Mieten immer weiter steigen. Dabei sagt schon das Grundgesetz (Art. 14.2), dass Eigentum verpflichtet und die Bayerische Verfassung legt sogar fest, dass wirtschaftliches Handeln dem Gemeinwohl zu dienen hat.

Deshalb gilt es, auf kommunaler Ebene möglichst viel des bestehenden Raums als Wohnraum (um-) zu nutzen bzw. zu sanieren sowie möglichst wenig Gebäude abzubauen. Notwendige Neubauten müssen möglichst klimaneutral gestaltet werden. Dabei sind benachteiligte Gruppen mitzudenken und besonders in den Fokus zu nehmen.

Wir fordern deshalb:

1. Umbau statt Abriss: bestehenden (Wohn-)Raum erhalten, klima-, sozial-, umweltgerecht und barrierefrei umbauen, Aufstockungen erleichtern

Bauen im Bestand muss durch gezielte Anreize, bauordnungsrechtliche Vereinfachungen gegenüber Neubau attraktiver und günstiger gemacht werden, um bezahlbaren Wohnraum - auch für die Mittelschicht - in München zu schaffen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- „Aktiver Erhalt“ von Bestandswohnraum durch die Ausübung von Vorkaufsrechten - Einsatz auf Bundesebene, zum Beispiel beim Deutschen Städtetag für die Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts
- Aufstockung/Umnutzung vor Neubau:
- Planungssicherheit für Aufstockungen durch städtebaulich definierte Innenentwicklungsgebiete
- Erleichterung von Aufstockungen und Umnutzungen durch städtebauliche Satzungen, z. B. Wegfall der Stellplatzforderung bei Schaffung zusätzlicher Nutzungseinheiten im Bestand
- gezielte Förderung von Wohnraumschaffung im Bestand, Umnutzung, Aufstockung (siehe 2.)
- Abriss nur mit Abrissgenehmigung - Umkehr der Beweislast: Abriss von Gebäuden und Neubau nur mit begründetem Nachweis (Lebenszyklusanalyse)
- Konsequente Umsetzung der Sanierungsquote, Fortsetzen der Energiekarawanen und Sanierungsgebiete; Monitoring von Sanierungsquote und Abrisszahlen, um Fortschritte transparent zu machen
- Ökologischer Mietpreisspiegel mit Einhaltung einer Mietpreisobergrenze für energetisch sanierte Gebäude bzw. Lösungsansatz über das Warmmieten-Modell





2. Leerstand beenden: Wohnraum aktivieren statt brachliegen lassen, Büroflächen in Wohnraum umwidmen

Jede Wohnung, die aus Aktivierung bzw. Umnutzung von Leerstand entsteht, bedeutet eine Wohnung, die nicht neu gebaut werden muss. Deshalb muss die Aktivierung und Umnutzung von Leerstand gezielt angegangen werden.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Ahndung von Leerstand als Zweckentfremdung und Belegung mit sinnvollen Abgaben:
 - Einführung eines verpflichtenden, öffentlich einsehbaren, kommunalen Leerstandsmeldesystems
 - Mehr Personal im Amt für Wohnen und Migration zur Bekämpfung von Zweckentfremdung
- Wohnraumberatungsstelle zur Aktivierung von "unsichtbarem Wohnraum" (= leerstehende Räume in bestehenden Wohnungen/Häusern)
- Umwidmung von Gewerbegebieten in „urbane Gebiete“, wo immer möglich, um Umbau von leerstehenden Büroflächen in Wohnungen zu ermöglichen
- Keine Baugenehmigung für reine Nicht-Wohngebäude, solange Büroleerstand herrscht
- Vergabe von Leerstandsimmobilien nach Konzept (Vergabe nicht nach Höchstpreis, sondern nach bestem Konzept) unter Einbeziehung ökologischer und sozialer Kriterien
- Kurzzeitige touristische Vermietung (Airbnb etc.) verhindern, langfristige Vermietung unterstützen

3. Nachhaltig, energieeffizient und kreislauffähig bauen: Holzbau, ökologische Dämmstoffe und zirkuläre Materialien verpflichtend machen und fördern

Wo immer auf Neubau nicht verzichtet werden kann, ist dieser möglichst klimaneutral und unter Berücksichtigung des Lebenszyklus zu planen. Dafür ist es notwendig, nachhaltige Materialien verpflichtend zu machen und C2C (cradle to cradle) zu fördern.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Konsequente Anwendung und Weiterentwicklung des ökologischen Kriterienkatalogs, mit klaren Kontrollen und Transparenz bezüglich Zielerreichung, auch bei Konzeptvergaben
- Bündelung und Veröffentlichung aller Daten zum Gebäudebestand und dessen Potenzialen in einem städtischen Potenzialkataster: Wärme / Energie / Wohnraumschaffung / Begrünung / Leerstandsaktivierung etc.
- Vorgabe von maximalen CO₂-Emissionen/m² Nutzfläche bzw. pro Nutzer:in für Neubauten in B-Plänen bzw. auf städtischen Grundstücken





- Einführung eines Materialpasses für alle Bauvorhaben zur Rohstoff- und Bauteildokumentation
- Kommunales Materiallager (Urban Mining) als Bauteilbörse zur Wiederverwendung alter, gebrauchter und noch nutzbarer Bauteile/Materialien
- Verpflichtende Rückbaukonzepte als Voraussetzung für Baugenehmigungen auf städtischen Grundstücken

4. Gemeinschaft und Vielfalt fördern: Wohnprojekte, Genossenschaften und flexible Wohnformen stärken, mehr Wohnraum für benachteiligte Gruppen schaffen

Die Stadt lebt von Vielfalt und guten Nachbarschaften. Bezahlbares Wohnen muss für alle verfügbar sein - Menschen, die von (Mehrfach-)Diskriminierung betroffen sind, müssen bei der Wohnraumplanung und -vergabe als prioritäre Zielgruppe mitgedacht werden.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Stadt der kurzen Wege fördern: Einfordern und Ermöglichen von Nutzungsmischungen - beginnend mit B-Planung, städtebaulichen Verträgen, etc.
- Förderung von Mehrgenerationenhäusern unter Berücksichtigung alternativer Wohnformen (z. B. Alters-WGs oder Cluster-Wohnungen) sowie von Hilfeinrichtungen (z. B. Tagespflege o. ä.)
- Stärkung der Konzeptvergabe (Vergabe von Grundstücken nicht nach Höchstpreis, sondern nach bestem Konzept) - gemeinschaftliches Wohnen als Vergabekriterium
- Erleichterung und finanzieller Ausgleich bzw. attraktiv machen von Wohnungstausch (städtischer Wohnungsbestand und privat) - Betreiben einer Wohnraumberatungsstelle
- Weitergabe von städtischen Häusern (z. B. aus Vorkäufen) an Genossenschaften oder Wohnprojekte mit entsprechenden Bindungen (im Erbbaurecht)
- Stärkung und bekannter Machen der existierenden Beratungsstelle für Wohnungsgenossenschaften <https://www.mitbauzentrale-muenchen.de/>
- Städtische Wohnraumvergabe diskriminierungssensibel gestalten und von (Mehrfach-)Diskriminierung betroffene Gruppen bei der Wohnraumschaffung explizit berücksichtigen
- Antidiskriminierungsarbeit auf dem privaten Wohnungsmarkt stärken
 - Förderung bzw. Einrichtung von Beratungsstellen, diskriminierungssensiblen Vermieter:innenschulungen und klaren Beschwerdestrukturen für Betroffene.
 - Systematische Erfassung und Bekämpfung von Diskriminierung - insbesondere von Mehrfachdiskriminierung
 - Geflüchtete frühzeitig in regulären Wohnraum integrieren, statt in Übergangsstrukturen festzuhalten
 - Neuauflage von „Wohnen für Alle“





Stadtplanung

Durch gezielte Planung kann München nachhaltiger gestaltet werden, was sowohl ökologische, gesundheitliche, gesellschaftliche als auch ökonomische Vorteile für alle Bewohner:innen mit sich bringt. Hitzeschutz und Temperaturregulierung durch Grünflächenplanung und Wassermanagement sorgen für lebenswerte und klimaresiliente Städte. Eine sozial-gerechte Gestaltung der Stadt mit verkehrsberuhigten Zonen schafft Begegnungsorte und fördert das Gemeinwohl.

Diese integrierten Ansätze verbessern nicht nur die Lebensqualität, sondern fördern auch die Gesundheit aller Bewohner:innen.

Wir fordern deshalb:

1. Klimaresiliente Stadt braucht überall: 3 Bäume im Blick, 30 % der Stadtfläche mit Baumkronen überschirmt, 300 m zum Park - 3:30:300 Regel jetzt umsetzen!

Der Erhalt und die Ausweitung von Baumbeständen und Parks sind für München essenziell, einerseits weil sie aktive Klimaschutzpolitik bedeuten und andererseits vor Auswirkungen der Klimakrise, wie beispielsweise Hitze, schützen. Gleichzeitig bedeuten Bäume Lebensqualität für Menschen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Größtmöglicher Erhalt des Baumbestands bei Baumaßnahmen und dahingehende Planungsoptimierung - Kriterium des „Baumvolumen“ anstatt der Anzahl der Bäume als Grundlage bei Ersatzpflanzungen
- Entsiegelung von Frei- und Verkehrsflächen (z. B. Stellplätze, Innenhöfe, verkehrsberuhigte Bereiche) durch Vorgabe im Bebauungsplan - auch bei Umbauten
- Festsetzen verpflichtender Regenwasser- und Brauchwassernutzung in Bebauungsplänen
- Einhaltung von Freiflächenrichtwerten von 15-20 m² pro Wohneinheit





2. Superblocks für alle Viertel - gemeinsam gestaltet: weniger Autoverkehr, mehr Lebensqualität

Stadtteilzentren können Orte der Begegnung und des Verweilens sein, insbesondere wenn sie nicht ausschließlich für den Autoverkehr oder als Parkraum ausgelegt und gestaltet sind. Das Konzept der Superblocks ermöglicht öffentliche Teilhabe im Stadtteilzentrum und leitet den Verkehr um dieses Zentrum herum.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Superblocks in jedem Stadtbezirk
- Ausweitung verkehrsberuhigter Zonen, Umwandlung von Parkraum in Aufenthaltsflächen
- Förderung lokaler Beteiligung: Planung gemeinsam mit Anwohner:innen, nicht über deren Köpfe hinweg

3. Mehr Abkühlung im Sommer: Parks, Trinkbrunnen, Schattenplätze/-bänke und Wasserflächen ausbauen

Durch die Folgen des Klimawandels heizen sich Großstädte im Sommer immer stärker auf und müssen durch stadtplanerische Konzepte umgestaltet werden, um den Bewohner:innen langfristig genügend Sonnenschutz und Abkühlungsmöglichkeiten zu bieten.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Einplanen und Einfordern von passiven Strategien wie Stadtbegrünung, helle Oberflächen sowie Verschattungskonzepte und Retentionsflächen zur Reduktion von Hitzeinseln im öffentlichen Raum
- Verhindern weiterer Bodenversiegelung - Flächen müssen aktiv entsiegelt und renaturiert werden; kein neues Bauland ausweisen, solange noch Potenzial zur Innenentwicklung besteht
- Fördern von blau-grünen Maßnahmen wie Regenwassermanagement im Stadtraum
- Betrachtung des Mikroklimas beim Stadtumbau etablieren
- Piko-Parks (kleine, wohnortnahe Grünflächen) und Blühwiesen bereits im Bebauungsplan vorsehen





4. Sozial und umweltgerechte Stadtplanung: ökologisch ergänzte SoBoN*, Partizipationsprozesse stärken und ernst nehmen

Stadtentwicklung darf nicht zur Verdrängung von benachteiligten Gruppen führen. Daher muss die sozial-gerechte Boden- und Nutzungspolitik Teil der Stadtplanung bleiben. Außerdem muss die Stadtplanung die Bedarfe der betroffenen Bürger:innen durch echte Partizipationsprozesse ermitteln und berücksichtigen. Immobilienspekulation muss verhindert werden.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Aktive Bodenpolitik - kommunalen Handlungsrahmens gegen Grundstücksspekulation nutzen:
 - Baugebote definieren (§ 176 BauGB), um Eigentümer:innen zur Schließung von Baulücken zu verpflichten, wenn Baurecht besteht, aber nicht genutzt wird. Ziel: Verhinderung von Spekulation durch „Sitzen auf Bauland“
 - Vom Recht auf Ablehnung von Genehmigungen im Rahmen des Bauturbos Gebrauch machen - wenn Genehmigung mit § 246e BauGB, dann städtebauliche Verträge für soziale Mieten, Infrastruktur für Nahversorgung, Blau-Grüne Infrastruktur
 - Konzeptvergabe statt Höchstpreisverfahren
 - Erbbaurecht statt Verkauf
 - Fortführung und Erweiterung der SoBoN*
 - Förderung von Bodenpreis- und Eigentumstransparenz (z. B. durch Bodenkataster, öffentliche Bodenpreisberichte) - Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Bodenfragen
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum konsequent umsetzen (Gehwege, Haltestellen, Parks, öffentliche Einrichtungen)
- Schaffung von inklusiven Spielplätzen und Begegnungsräumen
- Anerkennung sozialer Diversität in Stadtentwicklungsplänen, gezielte Berücksichtigung der Perspektiven von Menschen mit Fluchterfahrung, Migrationsgeschichte und Behinderung, etwa durch gezielte Datenerhebung, Bedarfsanalysen und Beteiligung - Unterbringung von Geflüchteten in Wohngebieten, nicht in oder am Rande von Gewerbebezonen
- Digitale Teilhabe bei der Stadtplanung stärken - Beteiligungsformate mehrsprachig, barrierefrei und niedrigschwellig gestalten
- Gemeinwohlorientierung als Standard für Stadtplanung und Baumaßnahmen etablieren
- Partizipationsprozesse neu denken: echte Bürger:innenbeteiligung von Planungsbeginn an
- Sharing-Konzepte bzw. Multicodierung (Mehrfachnutzung) von z. B. Schulen und Sportplätzen als öffentliche Räume verstehen und bespielen
- Bedarfe bei neuen Planungen hinterfragen - nicht nur bei eigenen Liegenschaften (z. B. benötigt München eine dritte Konzerthalle, reduzierter Flächenbedarf Bürogebäude wg. Home-office)
- Alternativer Nutzungskonzepte mit Blick auf Gemeinwohl / gesellschaftlichen Mehrwert zulassen

* SoBoN = Sozialgerechte Boden- und Nutzungspolitik





5. Gesundheit wird Leitlinie für Stadtplanung: Luftqualität, Lärmbelastung, Begrünung und Kühlung immer mitdenken

Durch ein stärkeres Zusammendenken der Verkehrs-, Bau- und Energiewende können Synergien für eine gesunde und zukunftsfähige Stadtentwicklung geschaffen werden und so gesundheitliche Belastungen in der Stadt verringert werden.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Stärken des öffentlichen Raums - Erdgeschosszone als lebendiger Raum - auch nicht kommerziell für das Gemeinwohl, aktive Schaffung von „Dritten Orten“
- Umverteilung von Verkehrsflächen: Platz für Klimaanpassungsmaßnahmen
- Sommerlichen Hitzeschutz in den Fokus rücken - beispielsweise durch Grünflächen, klimarechtes Bauen und städtische Kühlkonzepte
- „Kühle Orte“-Karte weiter ausbauen und auch analog sichtbar machen





Energie

Strom- und insbesondere Wärmeerzeugung sind mit rund 40 % (nach BISKO Bilanzierung) die größten Treibhausgas-Emittenten Münchens. Vor allem die Art und Weise, wie Wärme und Strom erzeugt werden, aber auch die Energieeffizienz der Münchner Gebäude sind Hebel, um Emissionen in diesem Sektor zu senken und zu vermeiden. Während die Energieversorgung durch Fernwärme und der Sanierungszustand der städtischen Gebäude in der Hand der Landeshauptstadt München bzw. der SWM liegen, muss die Stadt zusätzlich auch im privaten Sektor die energetische Sanierung von Gebäuden und die Umstellung auf fossilfreie Strom- und Wärmeerzeugung durch gezielte Bereitstellung von Informationen und vor allem durch finanzielle Förderung unterstützen.

Wir fordern deshalb:

1. Solarpflicht durchsetzen: keine Neubauten ohne Photovoltaik

Die im Masterplan Solares München vorgegebenen Ziele sehen vor, die Photovoltaik-Zubauleistung jährlich um 40 Prozent zu steigern. Dies kann langfristig nur erreicht werden, wenn alle Neubauten mit Solardächern ausgestattet werden.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Einsatz auf bayerischer Ebene für eine Solarpflicht auch für Wohngebäude (Neubauten und Dachsanierungen)
- Förderung von Balkonkraftwerken erhalten, insbesondere für finanziell schwache Haushalte (hier sollten auch 100 % Förderung möglich sein!)
- Grundsätzliche Etablierung von Mieterstrommodellen bei der Münchner Wohnen

2. 3 %-Gebäude-Sanierungsquote jährlich umsetzen: Quartiersansatz ausbauen und energetische Quartierssanierung beschleunigen

Im Gebäudebestand Münchens ist die energetische Sanierung von entscheidender Bedeutung für die CO₂-Bilanz. Die Stadt muss die eigenen Gebäude zügig und effizient sanieren und für Gebäudeeigentümer:innen Sanierungsanreize schaffen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Worst-First-Förderung für niedertemperaturtaugliche Sanierung
- Sanierung aller städtischen Gebäude unter Effizienzklasse E bis spätestens 2030
- Ausbau der Quartiersberatung und Ausweitung auf alle Stadtviertel
- Aufstocken der aufsuchenden Energieberatung auf 125 Energieberater:innen





- Veröffentlichen eines Sanierungsfahrplan für alle städtischen Gebäude
- Anpassung der FKG-Förderung bei energetischen Sanierungsmaßnahmen - auch für Gebäude, bei denen nachweislich aufgrund von baulichen Einschränkungen ein Effizienzhaus 55 nicht erreicht werden kann

3. Bezahlbare und fossilfreie Wärmeversorgung auch jenseits der Fernwärmegebiete: kommunale Wärmetransformation beschleunigen und klimafreundliche Lösungen überall verfügbar machen

Eine klimaneutrale Wärmeversorgung Münchens kann nur erreicht werden, wenn sowohl die Fernwärme zügig ausgebaut wird als auch private Gebäudeeigentümer:innen bei einer Umstellung auf fossilfreie Wärmeversorgung gefördert und über die langfristigen Vorteile informiert werden.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Fernwärme und Nahwärme dürfen nicht teurer als die Erdgas-Grundversorgung sein
- Fossilfreie Wärme als Generationenaufgabe: Die beschlossene Münchner Wärmeplanung ist mutig und zukunftsweisend, aber noch sehr lückenhaft, daher: Umsetzung sowohl bei dem Geothermie-Umbau der Fernwärme als auch bei Nahwärmelösungen in den Quartieren beschleunigen
- Transparenz über IST- und SOLL-Stand beim Heizungstausch schaffen
- Langfristiges Planen und Kommunizieren der Stilllegung des Gasnetzes
- Regelmäßiges CO₂-Monitoring aller Heiz-/Heizkraftwerke der SWM
- Verbindliche Vorgaben zur Auslastung des HKW-Nord im Gasbetrieb bis zur endgültigen Abschaltung 2035 oder (sofern möglich) davor
- Verlässliche Förderung für den Austausch fossiler Heizungen
- Fernwärmeanschlusspflicht in Fernwärmeverdichtungs- und Fernwärmeerschließungsgebieten sowie ausreichende Förderung für einen Umstieg
- Förderung von genossenschaftlichen Nahwärmenetzen beibehalten
- Förderung von Grundwasserwärmepumpen beibehalten und Informationsbereitstellung hierzu intensivieren
- Förderung von Solarthermie und Nahwärme-Speicher in den dafür geeigneten Stadtbereichen
- Ausweitung des Stromsparchecks (Stadt München und Träger der freien Wohlfahrt), um alltagsnahen und finanziell entlastenden Klimaschutz in benachteiligten Haushalten weiterhin umsetzen zu können





4. München macht sich unabhängig: erneuerbare Energien vor Ort und in der Region ausbauen und fördern

Der Ausbau von erneuerbaren Energien in und um München durch die SWM und Energiegenossenschaften sorgt für mehr Energieunabhängigkeit von Drittstaaten. Energiegenossenschaften können sowohl private Selbstwirksamkeit als auch Rendite erzeugen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Ausbau der städtischen Speicherlösungen (Batteriespeicher und Wärmespeicher)
- Regionale Energiegenossenschaften unterstützen
- Lokales Engagement bei der erneuerbaren Energieerzeugung der SWM stärken
- Ausbau von Großspeichern vorantreiben: zur Verbesserung der Netzstabilität und um Wind- und PV-Anlagen seltener abschalten zu müssen





Freiflächen, Naturschutz, Biodiversität

Freiflächen, Naturschutzflächen, Parks und Grünanlagen sowie Flüsse und Bäche sorgen für eine Erhöhung der Lebensqualität und schaffen Naturerfahrungen für alle. In Großstädten bieten sie zudem wichtige Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Gleichzeitig sind diese Flächen ständig von Versiegelung durch Neubau bedroht. Neben dem Erhalt von Biodiversität erfüllen sie jedoch auch wichtige klimatische Funktionen in der Stadt. So schützen sie vor Hitze, spenden Schatten und speichern Wasser.

Wir fordern deshalb:

1. Baumerhalt und Neupflanzung: mehr Bäume, mehr Schatten, mehr Leben

Bäume machen München lebenswerter, sie spenden Schatten, sorgen für Kühlung und filtern CO₂. Bäume müssen daher wo immer möglich erhalten bleiben. Ein neu gepflanzter Baum braucht Jahre, um einen alten Baum gleichwertig zu ersetzen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Konkretisierung der 3-30:300-Regel (siehe Stadtplanung) - Klärung der Finanzierung und der Umsetzungszeiträume
- Erweiterung der jährlichen 2.000-3.000 Baum-Neupflanzungen um weitere 3.500
- Kein Baum fällt ohne Ersatz - Erhalt oder Ersetzen von Grünvolumen
- Einsatz auf Bundesebene für mehr Verhandlungsmöglichkeiten zum Erhalt von Bäumen bei Neubauten, Nachverdichtung oder Tiefgaragenbau





2. Schwammstadt München überall umsetzen: Wasser speichern statt ableiten

Hohe Flächenversiegelung sorgt dafür, dass wertvolles Regenwasser in die Kanalisation abgeleitet wird. Dieses Wasser kann, wenn es stattdessen aufgefangen wird und im Boden versickert, das Stadtklima verbessern und die Gesundheit und Resilienz der Stadtbäume erhöhen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Einführung eines Grünflächenfaktors nach Wiener Vorbild als stadtplanerisches Element
- Umsetzung von Grauwasser-Konzepten
- Grünflächen vor Bebauung schützen
- Fortsetzung des Isar-Plans mit verbreiterter Aue nach Norden
- Aufstellen von Regentonnen zur Regenwassernutzung auf öffentlichem Grund (auf Gehwegen, an der Hauswand) erlauben
- Öffnung der Stadtbäche

3. Entsiegeln statt Verdichten: keine Neubauten auf Grünflächen, Frischluftschneisen erhalten

Frischluftschneisen und Grünflächen sorgen dafür, dass sich München im Sommer nicht so stark aufheizt. Sie müssen daher unbedingt erhalten bleiben.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Verhindern von Neubauten, die auf Naturschutzflächen entstehen, Frischluftschneisen verschließen oder den Erhalt von ökologisch-nachhaltiger Landwirtschaft und Bauten bedrohen - z. B. im Dachauer und Erdinger Moos, SEM* Nord, in Aubing, Lochhausen, Langwied, SEM* Nordost
- Bau von Tiefgaragen nur unter den Gebäuden - keine Versiegelung von Grün- und Freiflächen
- Nachverdichtung nur unter Beachtung ökologischer Gesichtspunkte (und nachbarschaftlicher Aspekte) - Bebauungspläne, Gebote und Satzungen durch die Stadt

* SEM = Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme





4. Artenvielfalt schützen und stärken: Biotope und Naturschutzflächen erhalten, neue schaffen

Urbane Grünflächen dienen als Lebensraum und Lebensgrundlage für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten - Stadtnatur und Artenvielfalt in München ermöglichen Naturerfahrungen für alle.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Stadtweiter Schutz von Gebäudebrütern, vor allem im Zuge des Einbaus von Dämmungen
- Sicherung von Glasfassaden mit hoher Vogelschlagwirkung als Vorgabe in Bebauungsplänen
- Wirksamer Schutz von kleinflächigen Biotopen (Quellen, Hecken, naturnahe Bachabschnitte, Tümpel)
- Insektenschutz durch Umstellung von Straßenbeleuchtung
- Etablierung von Artenhilfsprogrammen für besonders bedrohte Arten mit Schwerpunktverhalten im Münchner Raum
- Voranbringen der Unterschutzstellung von Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten und geschützten Landschaftsbestandteilen
- Verbesserung der Verbundfunktion bestehender Grünverbindungen (z. B. Blühstreifen in Parkmeilen)
- Einplanung von mehr Raum für Pico-Parks (kleine, wohnortnahe Grünflächen) und Blühwiesen

5. BNE-Vision stärken: Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in städtischen Kitas und Schulen verpflichtend ausbauen, Akteur:innen der BNE in München unterstützen

BNE ermöglicht es allen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle, nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Mittelbereitstellung für Kindergärten und Schulen, um
 - interne BNE-Multiplikator:innen zu schulen und eigene BNE-Angebote umzusetzen
 - externe Expert:innen für BNE-Umsetzungen zu engagieren
- Unterstützung von Schulen und Kindergärten im Whole Institution Approach (WIA)
- Vorantreiben der zielgerichteten Umsetzung der BNE-Vision 2030 - Ausstattung mit ausreichenden Mitteln
- Schaffung und Erhaltung von vielfältigen Räumen, in denen Stadtbewohner:innen Natur erfahren können und lernen, achtsam mit ihr umzugehen (Themen: Freiflächen, Freizeitgestaltung, Umweltbildung)





Ernährung und Konsum

Ernährung und Konsum sind Themen, mit denen jede:r Bürger:in täglich bewusst oder unbewusst in Berührung kommt. Die Stadt kann in diesem Themenfeld mit Bildungsarbeit und in ihrer Vorbildfunktion bei städtischen Einrichtungen dazu beitragen, Nachhaltigkeit und Gesundheit zu fördern und Verschwendung zu vermeiden.

Wir fordern deshalb:

1. Lebensmittel retten statt wegwerfen: systematisch und öffentlich sichtbar

Lebensmittelproduktion und Lebensmittelabfälle verursachen ca. 10 % der Treibhausgasemissionen Deutschlands. Lebensmittelrettung fördert das Bewusstsein für die Problematik der Lebensmittelverschwendung und hat so neben ökologischen auch gesellschaftliche Vorteile.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Start einer "Gelbes Band"-Kampagne in München (Obst zum Selbsternten)
- Einführung eines verpflichtenden Food Waste Monitoring für alle städtischen Kantinen (Mengenmessung, Auswertung, öffentliches Reporting)
- Verbindliche Reduktionsziele für städtische Einrichtungen (z. B. 50 % weniger Lebensmittelabfälle bis 2030)
- Kooperation mit Foodsharing-Organisationen, um Überproduktion in städtischen Einrichtungen direkt weiterzugeben
- Fortführung von Projekten wie der Community Kitchen
- Legale Absicherung und Förderung von Lebensmittel-Tauschpunkten

2. Mehr Bio, mehr regional und mehr Pflanzenkost in allen städtischen Einrichtungen und bio-regionale und faire Wertschöpfungsketten stärken

Städtische Einrichtungen haben eine Vorbildfunktion für die Münchner Bürger:innen. Insbesondere in Schulen und Kitas kann eine gesunde und nachhaltige Ernährung direkt gefördert werden.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- 100% bio-regionalem Essen in städtischen Schulen und Kitas
- Aufklärungskampagne für Schüler:innen, Eltern und andere Konsument:innen





- Rahmenverträge und Vergaben von Pachtverträgen - Pachtreduzierungen nach Bioanteil und keine Pacht bei 100 % Bio - Anpassung der Ausschreibungen, sodass bio-regional & saisonal rechtssicher ausgeschrieben wird
- Ausweitung von Beschaffungsformen (Erzeuger:innen - Großküchen - Großhandel)
- Fortführung des GOOD FOOD GUIDE für München, als niedrigschwelliger Ratgeber für nachhaltige, gesunde Ernährung in München - Skalierung zu einer digitalen App mit höherer Reichweite
- Fortführung von Carbon - FOODprint Aktionswochen*
- München wird Öko-Modellregion

* Die Carbon FOODprint Aktionswochen zeigen speziell in Kantinen, wie durch klimafreundlichere Speisepläne (z. B. weniger Fleisch, mehr pflanzliche Gerichte) der CO₂-Fußabdruck von Gemeinschaftsverpflegung deutlich reduziert werden kann.

3. Ernährungsbildung in allen Altersgruppen verankern und das Haus der Kost als zentrale Plattform für Gesundheit und Ernährung etablieren

Ernährungsbildung ist ein entscheidender Aspekt der Gesundheitsförderung und wirkt sich positiv auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität aus.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Lebensmittelverarbeitung im Haus der Kost lehren mit dem Ziel, das Wissen z. B. in Schulküchen anzuwenden
- Einführung von Ernährung als Pflichtmodul in pädagogischen Ausbildungen (Erzieher:innen, Lehrer:innen) - Zusammenhang zwischen Klima und Ernährung, Unterschiede von konventioneller und biologischer Erzeugung
- Stärkung der lebenslangen Ernährungsbildung: von Kita bis Seniorentreff, praxisnah, verpflichtend, erfahrungsorientiert
- Qualifizierung von Küchenteams im Hinblick auf Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung - Fortführung des Ernährungsscoachings für Küchenleiter:innen und der berufsbildenden Module „Future Food Coach“ (zertifiziert) für Berufsschüler:innen (Küche, Gastronomie, Care) des Münchner Ernährungsrats
- Workshops für gesunde, nachhaltige Ernährung in Kooperation mit dem Gesundheitsreferat
- Eröffnung eines Weltackers* als Lernort für Funktionsweisen der globalen Landwirtschaft

* Weltacker = teilt man die weltweit landwirtschaftlich nutzbare Fläche (Ackerland) durch die Weltbevölkerung, ergeben sich etwa 2000 m² pro Person. Ein Weltacker stellt diese Fläche maßstabsgetreu nach und zeigt, welche Pflanzen auf der Welt angebaut werden, wie viel Fläche wir für unsere Ernährung, Kleidung, Energie & Futtermittel brauchen, wie stark unser Konsum die globale Landwirtschaft beeinflusst.





4. Essbare Stadt fördern: Stadtgärten, Schulgärten, öffentliche Anbauflächen

Das Konzept der Essbaren Stadt zielt darauf ab, städtische Räume durch den Anbau von Nahrungsmitteln nachhaltig zu gestalten. Es bietet vielfältige Möglichkeiten, um die Ernährungsbildung zu fördern.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Unterstützung beim Ausbau von Stadt- und Schulgärten zu „essbaren“ Gärten
- Schulung von Lehrkräften an städtischen Schulen sowie Erzieher:innen in Kitas
- Nutzung von städtischen Grünflächen für Obst- und Gemüseanbau, frei zugänglich für Bürger:innen
- Durchführung eines städtischen Wettbewerbs „Selbstversorger-Balkon“ als Anreiz für Salat-, Obst- und Gemüseanbau auf Balkon, Terrasse und Vorgarten

5. Quartiersküchen in jedem Stadtteil: Orte der Begegnung mit gesundem, bezahlbarem Essen, Ernährungsbildung und sozialer Teilhabe

Quartiersküchen sind Gemeinschaftsinitiativen, die nicht nur den Zugang zu gesunder Ernährung fördern, sondern auch wesentlich zu Wissenstransfer, Teilhabe und Integration beitragen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Einrichtung von Quartiersküchen in ganz München - bis 2030 mindestens ein Pilotprojekt
- Ausbau bestehender Projekte des Münchner Ernährungsrat und Skalierung auf weitere Stadtteile
- Förderung von Direktvermarktungsmöglichkeiten für lokale und regionale Erzeugnisse
- Förderung solidarischer Konzepte: solidarische Biomärkte, solidarische Landwirtschaften





6. Konsumstrukturen ändern: Kreislaufwirtschaft mit stadtweitem Mehrwegsystem, Reparaturwerkstätten, Recyclingzentren, Müllvermeidung im städtischen Einflussbereich

Die nachhaltige Anpassung von Konsumstrukturen ist nicht nur ein Schritt in Richtung Umweltfreundlichkeit, sondern auch ein Weg, um soziale, wirtschaftliche und kulturelle Vorteile zu realisieren, die letztendlich allen Stadtbewohner:innen zugutekommen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Konsequente Kontrolle der Umsetzung des Mehrweggebots und der Mehrwegangebotspflicht
- Einsatz auf bayerischer Ebene für eine Verpackungssteuer
- Konsequente Umsetzung der nachhaltigen Beschaffung der Stadt München
- Förderung von zirkulärem Wirtschaften
- Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsstrategie
- München auf dem Weg zur Zero Waste City: Beschluss eines zeitlich verbindlichen Aktionsplans mit Zwischenzielen
- Errichtung und Förderung von Reparaturzentren





Mobilität

Circa 23 % der Treibhausgasemissionen in München werden durch den Verkehrssektor erzeugt (laut BSKO Bilanzierung). Die Senkung dieser Emissionen muss ein vorrangiges Ziel sein, da die Stadt hier einen besonders großen Einfluss hat. Außerdem ergeben sich durch die Mobilitätswende viele zusätzliche Vorteile in den Bereichen Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität. „Die Möglichkeiten der Landeshauptstadt München diese Emissionen im Rahmen einer Mobilitätswende zu reduzieren, sind im Verhältnis zu anderen Handlungsspielfeldern als relativ hoch anzusehen. [...] Neben der Emissionsreduktion bietet eine Mobilitätswende zudem viele weitere Vorteile für ein lebenswertes, gesundes, inklusives und wirtschaftlich erfolgreiches München“, zu diesem Schluss kommt die Stadt selbst im wegweisenden Grundsatzbeschluss II.

Wir fordern deshalb:

1. Straßenverkehr für alle: Mehr Sicherheit, Barrierefreiheit und Komfort für den Fuß- und Radverkehr

München ist immer noch stark auf den Autoverkehr und nicht auf andere Verkehrsteilnehmer:innen ausgerichtet. Eine neue Prioritätensetzung macht andere Verkehrsmittel attraktiver und sorgt für mehr Sicherheit.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Umsetzung des Konzepts der „15-Minuten-Stadt“ bei der Planung neuer Stadtquartiere und Umplanung von Bestandsquartieren
- Weiterentwicklung und Umsetzung der Vision Zero
- Etablierung von Schulstraßen als Regellösung und nicht nur als Pilotprojekt
- Die LHM setzt sich für die Einführung von Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Stadt ein
- Umsetzung von Barrierefreiheit an allen Fußgängerflächen
- Höheres Priorisieren von Fuß- und Radverkehr bei Lichtsignalanlagen
- Mehr Fußgängerzonen - Vorrang der schutzbedürftigsten Verkehrsteilnehmenden
- Konsequente Ahndung von Park- und Halteverbotsverstößen
- Umsetzung der autofreien Altstadt (jetzt: Projekt „Altstadt für alle“ der LHM)
- Bessere Nutzung von wertvollem Straßenraum - Vermehrte Verlagerung von Kfz-Parkplätzen im öffentlichen Raum auf (zeitweise) ungenutzte private Stellflächen - Aktive Förderung aller Möglichkeiten, Stellflächen in privaten Parkgaragen oder auf privaten Flächen für die allgemeine Nutzung zugänglich zu machen





2. Vorfahrt fürs Fahrrad: Sichere Radwege, Radentscheid flächendeckend umsetzen, Radschnellverbindungen, Fahrradstraßen

Um Radverkehr zu fördern, braucht es eine einladende Radinfrastruktur, eine multimodale Integration des Fahrrades in den ÖPNV und weitere Push- und Pull-Maßnahmen, die Mobilität auf dem Rad attraktiver machen.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Umbau von 5 km Straßenraum und Umgestaltung von drei großen Knotenpunkten pro Jahr, mit vorrangiger Umsetzung der bereits geplanten Radentscheid-Projekte
- Vermehrter Bau von kostengünstig und schnell realisierbarer Radinfrastruktur mit Geschützten Radfahrstreifen (Protected Bike Lanes) und abgetrennten Radwegen auf Fahrbahnniveau.
- Sichere Schulwege:
 - Entwicklung von Radschulwegplänen für alle Schulen mit dem Ziel, dass jedes Kind ganzjährig sicher mit dem Rad von und zur Schule fahren kann
 - Proaktive Behebung von Sicherheitsmängeln an den Radschulwegen
 - Geschützte Radinfrastruktur oder weitgehend autofreie Fahrradstraßen im Umfeld von Schulen
- (Aus)bau des Radschnellwege-Netzes, um die Nutzung des Fahrrades auch für längere Distanzen attraktiv zu machen
- Errichtung von überdachten Fahrradabstellanlagen und/oder Fahrradgaragen an Hotspots wie große Zustiegshaltestellen des ÖV oder öffentliche Einrichtungen mit hohem Besucheraufkommen
- Weiterer Ausbau von dezentralen Fahrradabstellplätzen im gesamten Stadtgebiet





3. ÖPNV massiv ausbauen und bezahlbar machen: Takte verdichten, Linien erweitern, Barrierefreiheit herstellen, 365-Euro-Ticket für alle

Der ÖPNV wird dann genutzt, wenn er das attraktivste Angebot ist und man damit alle Orte in München zuverlässig erreichen kann. Er muss insbesondere für bedürftige Gruppen erschwinglich und somit sozialverträglich sein.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Infrastrukturausbau:
 - Festhalten an Trambahnstrecken aus dem Nahverkehrsplan - Planungen weiterführen, schrittweise Umsetzung entsprechend der vorhandenen Mittel
 - Ausbau der Busspuren
 - Schnelleres Vorantreiben des S-Bahn-Südrings
 - S-Bahn-Nordring statt „BMW-Tunnel“
 - Ausbau der S-Bahn-Außenstrecken für Takt 10
- Ausbau der Fahrplan-Angebote:
 - Einführung eines Nachtnetzes, das auch unter der Woche die gesamte Stadt im Halbstundentakt erschließt
 - Langfristziel: Taktverdichtungen bei U-Bahn, Bus und Tram
 - Ausbau der On-demand-Angebote - sofortige Umsetzung von Pilotprojekten - Lernen aus Fehlern
- Sicherstellung von Barrierefreiheit im ÖV:
 - Beschleunigung der Reparatur von Rolltreppen und Aufzügen - Schaffen von bezahlbaren Zusatzangeboten für Personen mit Handicap
 - Höhenausgleich für Rollstuhlfahrer:innen an Trambahnhaltestellen
- 365-Euro-Ticket für alle
- Einforderung der Anhebung der Parkgebühren und der Gebühren für Anwohnerpark-Lizenzen beim Freistaat und Einsatz der Mittel für die Finanzierung des 365-Euro-Tickets - Parken muss teurer sein als die Anreise mit dem ÖPNV
- Weitere Förderung von Angeboten für spezifische Zielgruppen (bspw. Frauen-Nachttaxi)





4. Investitionen in Infrastruktur für alle: Keine neuen Tunnel, Straßen und Großprojekte nur für den Kfz-Verkehr

Die Ausweitung der Infrastruktur für Autos führt zu mehr Verkehr. Graue Energien, die besonders in großen Bauprojekten zu hohen Treibhausgasemissionen führen, werden oft vernachlässigt. Der Umbau der Verkehrsinfrastruktur sollte vorrangig die Bedarfe der lokalen Bewohner:innen decken.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Keine neuen Autotunnel
- Kein Autobahnausbau
- Errichtung von temporären Lieferzonen im Innenstadtbereich
- Baulich getrennte und sinnvoll platzierte Abstellflächen für Fahrräder und E-Scooter
- Schaffung von neuem Grün bei Umbauten im Straßenraum - vorwiegend Bäume als Beitrag zur Schwammstadt (siehe Forderung 2. bei Freiflächen und Naturschutz)

5. Ein Park in der Innenstadt: Boulevard Sonnenstraße verwirklichen – mehr Raum für Menschen statt Autos

Eine lebenswerte Innenstadt ist ein Aushängeschild für ganz München. Naturnahe Orte, die zum Verweilen einladen und Begegnung ermöglichen, sind für Bewohner:innen und Tourist:innen gleichermaßen bereichernd.

Um dies zu erreichen, fordern wir die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Umsetzung des Freiraum Quartierskonzept Innenstadt des Planungsreferates
 - inklusive der Erweiterung der Grünfläche in der Herzog-Wilhelm-Straße nördlich der Josephspitalstraße und
 - der Umwandlung der östlichen Seite der Sonnenstraße zu einem Boulevard für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen
- Umbau des Tals zur Fußgängerzone

